



750 Millionen Euro mehr als „Mindestanforderung“

Hannes Androsch, Präsident des Forschungsrats, will mehr Geld für Universitäten und Grundlagenforschung

WIEN. 200 Millionen Euro pro Jahr mehr für die Förderung der Grundlagenforschung (ab 2017) – und ab 2019 eine Erhöhung der Grundfinanzierung der Universitäten um 450 Millionen Euro pro Jahr.

Das wünscht sich Hannes Androsch, der Präsident des Rats für Forschung und Technologieentwicklung, für die Weiterentwicklung des Forschungs- und Universitätsstandorts Österreich. In die Stärkung der Exzellenz (Akademie der Wissenschaften, internationale Mitgliedschaften) sollen weitere 100 Millionen Euro jährlich fließen.

„Wir nehmen auf die Beengtheit der Staatsfinanzen Rücksicht“, sagte Androsch gestern bei einer Pressekonferenz in Wien, aber diese Dinge seien „Mindestanforde-



Hannes Androsch (Walkolbinger)

rungen.“ In Österreich stünden den Universitäten mit rund 305.000 Studierenden jährlich etwa 3,8 Milliarden Euro zur Verfügung, führte Androsch weiter aus. In der Schweiz seien es 7,2 Milliarden Euro für 145.000 Studenten.

Androsch relativierte die Zahlen

zwar ein bisschen: Ein Drittel der Studenten in Österreich mache nachweislich keine Prüfung. Weshalb Österreich nur auf dem Papier auf doppelt so viele Studenten wie die Schweiz komme. Im Vergleich zur Schweiz herrsche dennoch eine Unterfinanzierung der Universitäten.

Der Rat als „Hofnarr“

Um die Zahl der Flaneure an Österreichs Universitäten zu verringern, schlägt der Vorsitzende des Forschungsrats zudem eine mit Zugangsregeln verbundene, an den Kapazitäten der Hochschulen orientierte Studienplatzfinanzierung vor. Gleichzeitig will er das Stipendiensystem ausbauen, um soziale Hemmnisse zu verhindern.

Die Rolle des Rats für Forschung und Technologieentwicklung sieht Androsch mit einer gewissen Portion Fatalismus. „Wir haben nichts zu fordern. Der Rat ist als Hofnarr eingerichtet und gibt Empfehlungen.“ Viel Hoffnung, dass die Regierung diese umsetzt, macht er sich nicht: „Wir können ihr nicht mit Mund-zu-Mund-Beatmung politischen Mut einflößen.“

Zuspruch erhielt der Forschungsrat gestern von den Neos. „Die momentan sehr gute Ausgangslage Österreichs, tatsächlich in mehreren Forschungsfeldern wieder an die Weltspitze gelangt zu sein, darf nicht verspielt werden“, sagte Wissenschaftssprecherin Claudia Gamon. Die Empfehlungen des Rates sollten ein Weckruf sein.



Ein Drittel der Studenten studiert nie

Forschungsrat legt neue Empfehlungen vor, die eine Aufstockung der Mittel für Universitäten und Exzellenz vorsehen.

Von Alexandra Grass

Wien. Das strategische Ziel der Bundesregierung, bis zum Jahr 2020 eine Forschungsquote von 3,76 Prozent zu erreichen, wird angesichts fehlender finanzieller Mittel nicht mehr erreichbar sein. Um praktisch noch das Bestmögliche herauszuholen, legte der Rat für Forschung und Technologieentwicklung (RFT) am Mittwoch neue Empfehlungen vor, die vor allem eine deutliche Aufstockung der Mittel für die heimischen Universitäten sowie der Forschungsförderungsinstitutionen FWF und FFG vorsehen.

Auch mit den Empfehlungen „bleiben wir vom Ziel noch weit entfernt“, betonte Ratsvorsitzender Hannes Androsch vor Journalisten und spricht von notwendigen „Mindestanforderungen“.

Konkret sollen die Gelder für den Wissenschaftsfonds FWF und die Forschungsförderungsgesellschaft FFG um je 100 Millionen pro Jahr aufgestockt werden. Die

selbe Summe soll jährlich in die Stärkung der Exzellenz fließen – etwa in die Österreichische Akademie der Wissenschaften, die Christian-Doppler-Labors und die Ludwig-Boltzmann-Gesellschaft. Überdies soll die Grundfinanzierung der Unis in der nächsten Leistungsvereinbarungsperiode

2019 bis 2021 von derzeit rund 8,4 Milliarden um jährlich 450 Millionen Euro erhöht werden.

„Wie sehr wir nachhinken, zeigen Vergleiche mit der Schweiz und mit Bayern“, betonte Androsch. So stünden den heimischen Hochschulen mit rund 305.000 Studenten jährlich 3,8

Milliarden Euro zur Verfügung. In der Schweiz seien es 7,2 Milliarden Euro für 145.000 Studenten, in Bayern 6,3 Milliarden für 240.000 Studenten.

Weg von Zersplitterung

Der Ratsvorsitzende hat auch Ideen, woher das Geld geschöpft werden kann, und verweist auf Forderungen des Rechnungshofs. Demnach sei es möglich, 16 Milliarden Euro durch Umschichtungen zu lukrieren. „Wir haben eine höhere Staatsquote als die Schweiz und Bayern und höhere Steuern. Das Geld wäre da, aber die Ausgabenprioritäten sind konsumorientiert – nicht zukunfts- und innovationsorientiert“, prangert Androsch an. Wenig Sinn würde auch eine weitere Zersplitterung der derzeit schon 22 Universitäten machen. Die Schweiz finde mit nur zwölf Unis das Auslangen. Den Ausbau zur vierten Medizinuni in Linz sieht er als den falschen Weg. Wichtig sei es hingegen, ein adäquates Zugangs-

management an den Unis einzuführen, um nicht nur eine Verbesserung der Studienbedingungen erreichen, sondern auch den Anteil der aktiven Studenten zu steigern. Ein Drittel der 357.000 Studierenden (inklusive Fachhochschulen) würden in der Statistik als nicht prüfungsaktiv geführt, heißt es in den Empfehlungen. „Nach zehn Jahren sind nur 44 Prozent fertig. Das ist schlecht für die Gesellschaft und für die Betroffenen selbst“, so Androsch. Neben einem Zugangsmanagement und einer Leistungseinforderung brauche es aber auch Studienförderungen, um die Chancengleichheit gewährleisten zu können.

Ob die Regierung den Empfehlungen nachkommt, sei eine politische Entscheidung. Der Rat selbst habe keine Forderungen zu stellen, sondern sei nur beratendes Organ, stellte Androsch fest. „Wir können der Regierung nicht mit Mund-zu-Mund-Beatmung Mut einflößen.“ ■



Rat empfiehlt Zugangsmanagement für Unis. Foto: apa



ÖSTERREICH

Forschungsrat empfiehlt mehr Geld für Universitäten und Wissenschaft

Finanzierung. Der Rat für Forschung und Technologieentwicklung unter Vorsitz von Hannes Androsch hat am Mittwoch eine Empfehlung zur Finanzierung von Universitäten und öffentlicher Forschung abgegeben.

So wird angeregt, die Mittel des Forschungsfonds FWF um 100 Millionen Euro jährlich anzuheben. Dieser Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung (FWF) sei demnach die wichtigste Förderagentur für grundlagenorientierte Forschung. Derzeit stehen dem Fonds pro Jahr 200 Millionen Euro zur Verfügung. Auch die Österreichische Forschungsförderungsgesellschaft mbH

(FFG) soll 100 Millionen mehr im Jahr bekommen.

Mehr Geld für Bildung

Außerdem empfiehlt der Rat, der die Bundesregierung berät, eine deutliche Erhöhung der Grundfinanzierung für die heimischen Universitäten. Von 2019 bis 2021 soll das Grundbudget jährlich um 450 Millionen – also insgesamt rund 1,4 Milliarden Euro – gesteigert werden. Zählt man nur die laut Statistik aktiven Studenten, können so die Mittel pro Studierenden annähernd verdoppelt werden. Derzeit erhalten die Unis 8,4 Milliarden Euro (2016 bis 2018). Die genannten Schritte seien die „Mindestanforde-

rungen“, um die Ziele zu erreichen, die sich die Regierung selbst gesteckt hat, nämlich den Anteil der Forschungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt (BIP) auf 3,76 Prozent zu steigern.

Es gehe jedoch nicht nur um das Geld: Der Rat empfiehlt außerdem, „gesetzliche Rahmenbedingungen für ein kapazitäts- und leistungsorientiertes Studienplatzmanagement“ an den Universitäten. Zugangsregeln soll es dort geben, wo es mehr Studenten als Kapazitäten gibt. Gleichzeitig sollen aber auch soziale Hemmnisse für den Studienzugang weiter abgebaut werden.

– THOMAS PRENNER